

PLÖN II

Neue Herausforderungen bewältigen!

Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik für das 21. Jahrhundert

Positionspapier der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein

(beschlossen auf dem Schleswig-Holstein-Rat der JUNGEN UNION am 29. November 2003 in Plön)

I. Einleitung

Die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands wird maßgeblich bestimmend sein für die Entwicklung der internationalen Staatengemeinschaft in den nächsten Jahrzehnten. Es ist die Aufgabe Deutschlands seiner großen Verantwortung im Rahmen der europäischen Union sowie der Vereinten Nationen gerecht zu werden und sich seiner Rolle als Motor der europäischen Integration und der transatlantischen Partnerschaft bewusst zu sein.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein hat sich mit den Plöner Beschlüssen von 1997 zu Aufgaben und Organisation der Bundeswehr eindeutig positioniert. Diese Beschlüsse gilt es angesichts der veränderten weltpolitischen Lage, insbesondere seit den Anschlägen des 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten, weiterzuentwickeln. Dabei wird sich die JUNGE UNION Schleswig-Holstein neben der Organisation der Streitkräfte auch mit der Rolle Deutschlands innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft auseinandersetzen und ihre Positionen und Forderungen zur Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands formulieren.

II. Außen- und Sicherheitspolitik

Leitlinien deutscher Außenpolitik

Nach Beendigung des Kalten Krieges und Wiedererlangung der vollen nationalen Souveränität, fordert die internationale Gemeinschaft zu Recht von Deutschland, eine grundlegende Leitlinie deutscher Außenpolitik zu formulieren.

Nach Meinung der JUNGEN UNION Schleswig- Holstein muss die Grundlage der deutschen Außenpolitik aus einem Zweiklang zwischen humanitären und interessengeleiteten Gesichtspunkten bestehen. Diese Ziele werden nach Meinung der JUNGEN UNION zunächst durch wirtschaftliche und politische Kooperation und Diplomatie erreicht.

Insbesondere fordert die JUNGE UNION Schleswig-Holstein folgende Prioritätensetzung in der deutschen Außenpolitik:

- Oberstes Ziel deutscher Außen- und auch der Sicherheitspolitik im Sinne eines „weiten Sicherheitsbegriffes“ muss die Sicherung der Souveränität und territorialen Integrität der Bundesrepublik, der Schutz ihrer Bürger und Güter sowie die Aufrechterhaltung des politischen Systems und des erreichten Wohlstandes sein.
- Deutschland ist besonders an einem an seiner Peripherie friedlichen und freiheitlichen Europa interessiert. Daher ist ein verstärktes Zusammenwachsen der EU im politischen und militärischen Bereich weiterhin notwendig. Deutschland bekennt sich ausdrücklich zur Europäischen Idee.
- Konflikte auf der Welt haben immer direkte oder indirekte Auswirkungen auf Deutschland. Ein offensiv-direkter Einsatz für Frieden, Menschenrechte, Demokratie, freien Handel und Rechtstaatlichkeit auf der Welt ist daher ein wichtiger Beitrag für die Wahrung deutscher Interessen.
- Situationen, die die Existenz Deutschlands beziehungsweise das Zusammenleben der Völker in Frieden und Freiheit durch terroristisches Handeln einzelner Gruppen oder militärische Aggression eines oder mehrerer Staaten massiv bedrohen, müssen durch militärisches Handeln Deutschlands mit seinen Partnern als letztmöglichem Ausweg begegnet werden. Auch präventives und präemptives militärisches Eingreifen darf nicht von vornherein abgelehnt werden.

Deutschlands Bündnispolitik

Seit der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1955 war die Bündnispolitik Deutschlands immer geprägt vom Einklang und der Zusammenarbeit mit NATO, EU und den Vereinten Nationen. Diese drei bewährten Organisationen gilt es auch weiterhin zu stärken und zu fördern, wobei nach Meinung der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein folgendes zu beachten ist:

63 **a. NATO**

64 Mit dem Ende des Kalten Krieges hat sich das politische Selbstverständnis der NATO gewandelt. Die
65 NATO hat sich aus einem anfangs rein militärischen Bündnis durch die Erweiterung um ihre neuen
66 osteuropäischen Mitglieder in ein ebenso starkes politisches Bündnis gewandelt. Gemeinsame Wurzeln
67 in Europa, Werte wie Demokratie, Freiheit und Menschenrechte bilden die Basis für ein gemeinsames
68 Selbstverständnis der NATO- Mitgliedsstaaten.

69 Für die JUNGE UNION Schleswig-Holstein bleibt die NATO das wichtigste sicherheitspolitische
70 Bündnis. Dabei sind die Vereinigten Staaten der primäre Bündnispartner innerhalb der NATO. Die
71 transatlantische Freundschaft zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten war und bleibt ein
72 Garant für die Sicherheit und die freie demokratische Entwicklung unseres Landes. Die JUNGE
73 UNION Schleswig-Holstein fordert daher, das bisherige Bündnis in seinem Bestehen durch eine an die
74 transatlantische Freundschaft anlehrende Außen- und Sicherheitspolitik zu stärken und zu fördern.

75

76 **b. Europäische Union**

77 Die Europäische Union (EU) soll durch gemeinsamen Wohlstand, weitreichende Zusammenarbeit und
78 Kooperation ihrer Mitgliedsstaaten sowie mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik
79 (GASP) Frieden und Freiheit in Europa sichern. Kernelement für eine gemeinsame Außen- und
80 Sicherheitspolitik ist eine eigenständige, militärische Handlungsfähigkeit der EU, die europäische
81 Interessen artikuliert und eigenständig durchsetzen kann. Die Kooperation zwischen Deutschland und
82 Frankreich im Rahmen der Deutsch-Französischen Brigade wird dabei als beispielhaft angesehen.

83 Für Deutschland, als einem der politisch, wirtschaftlich und militärisch stärksten Mitgliedsstaaten,
84 kommt in der EU eine entscheidende Rolle in der Beeinflussung ihrer Sicherheitsstrategie zu. Die
85 JUNGE UNION Schleswig-Holstein hält es daher für dringend erforderlich, dass Deutschland in der
86 GASP eine Führungsrolle übernimmt. Nur so kann eine wirkliche politische, wirtschaftliche und
87 militärische Einheit der EU geschaffen werden. Dabei kommt es aus Sicht der JUNGEN UNION
88 Schleswig-Holstein für die EU nicht darauf an, eine militärische Unabhängigkeit von der NATO zu
89 schaffen, sondern NATO und EU müssen sich ergänzen. Nach Meinung der JUNGEN UNION
90 Schleswig- Holstein wird Deutschland in diesem Prozess ein wichtiges Bindeglied zwischen den
91 Vereinigten Staaten und der EU sein.

c. Vereinte Nationen

Neben NATO und EU stellen die Vereinten Nationen die dritte Säule für die Einbindung Deutschlands in die internationale Gemeinschaft dar. Seit der wieder erlangten Souveränität Deutschlands 1990 hat sich unser Land über das Geforderte hinaus in die Vereinten Nationen eingebracht. Deutschland hat wiederholt bewiesen, dass es eine der politischen und finanziellen Stützen der Vereinten Nationen darstellt.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher für die Bundesrepublik einen permanenten Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, um dem überdurchschnittlichen Engagement Deutschlands Rechnung zu tragen und damit Deutschland eine größere Verantwortung für Frieden, Freiheit und Menschenrechte in der Welt übernehmen kann. Die JUNGE UNION sieht zur Schaffung der Handlungsfähigkeit der VN eine institutionelle Reform als notwendig an.

III. Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Außen- und Sicherheitspolitik sind eng miteinander verwoben. Die Souveränität Deutschlands, die Glaubwürdigkeit der NATO und auch die Durchsetzungsfähigkeit der Vereinten Nationen stützen sich u.a. auf funktionierende Streitkräfte.

Seit 1990 wurde die Bundeswehr kontinuierlich verkleinert und hat damit der entspannteren Sicherheitslage auf der Welt Rechnung getragen. Um aber im 21. Jahrhundert weiterhin ihre Kernbereiche sowie die neu hinzu gekommenen Aufträge im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik erfüllen zu können, fordert die JUNGE UNION Schleswig-Holstein:

Zukünftiges Aufgabenspektrum der Bundeswehr

In der letzten Dekade wurde das Aufgabenspektrum der Bundeswehr um das Element der Internationalen Konfliktbewältigung erweitert. Prioritäten in Personal und Material wurden von der politischen Führung deutlich in Richtung internationaler Einsätze verschoben. Zu einer nachhaltigen Sicherheitspolitik gehört es jedoch, auch auf unwahrscheinliche Szenarien vorbereitet zu sein. Daher muss die Bundeswehr nach Meinung der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein auch in Zukunft in der Lage sein, einem konventionellen Angriff auf die territoriale Integrität Deutschlands oder der Bündnispartner zu begegnen. Die Bundeswehr muss zu diesem Zwecke eine Struktur erhalten, die es

erlaubt, in einem überschaubaren Zeitraum den vollen Verteidigungsumfang wiederherzustellen. Diese langfristigen und vorausdenkenden Vorkehrungen umfassen insbesondere folgende Punkte:

- die Beibehaltung der Wehrpflicht in modifizierter Form,
- die Förderung von Forschung und Entwicklung in der Wehrtechnik um eine leistungsfähige Rüstungsindustrie zu erhalten, die im Ernstfall eine schnelle Ausrüstung der Streitkräfte ermöglicht,
- ein leistungsfähiges Reservistenwesen für den personellen Aufwuchs und
- die Bereitstellung von für die Landesverteidigung benötigten Waffensysteme.

Darüber hinaus gehört aus Sicht der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein die Teilnahme der Bundeswehr an internationalen Einsätzen im Rahmen der NATO, EU oder den Vereinten Nationen zur selbstverständlichen und gewollten Verpflichtung der Bundesrepublik. Die sogenannten „Petersberger Aufgaben“ decken dabei die Bandbreite an Einsatzarten für die Bundeswehr im Rahmen von internationalen Verpflichtungen ab. Die Bundeswehr hat die Fähigkeit zur Teilnahme an diesen in einer angemessenen Größenordnung zu stellen, ohne dabei die Landes- und Bündnisverteidigung zu vernachlässigen.

IV. Zukünftige Struktur der Bundeswehr

Die zukünftige Struktur der Bundeswehr muss sich besonders in den Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung, aber darüber hinaus auch zur Teilnahme an internationalen Einsätzen widerspiegeln.

1. Personalstärke der Bundeswehr

a. Militärisches Personal

Die ständige Reduzierung der Personalstärke der Bundeswehr seit 1990, bedingt durch die veränderte Sicherheitslage in Europa und nicht ausreichende Haushaltsmittel, hat dazu geführt, dass eine vollständige Gewährleistung der Landes- und Bündnisverteidigung in Kombination mit der Teilnahme

155 an internationalen Einsätzen bei einer derzeitigen geplanten Personalstärke von 250.000 Soldaten nicht
156 mehr ohne erhebliche Beeinträchtigungen für die dienstleistenden Soldaten erbracht werden kann.
157 Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein spricht sich daher gegen die geplante Verkleinerung der
158 Bundeswehr aus und fordert eine Personalstärke von 282.000 Soldaten als absolutes Minimum aufrecht
159 zu erhalten. Nur mit einer soliden Personaldecke können die Kernaufträge im In- und Ausland adäquat
160 und mit einem für die Soldatinnen und Soldaten erträglichen Belastungsniveau erfüllt werden.
161 Jeder Zeit- und Berufssoldat sollte dazu befähigt sein, an internationalen Einsätzen teilnehmen zu
162 können, um eine gerechte Verteilung der Belastungen zu erreichen. Darüber hinaus muss sich das
163 Verhältnis von verfügbaren Einsatzkräften zu Kräften in der militärischen Grundstruktur (z.B. Stäbe,
164 Schulen, etc.) von heute ca. 1:4 (Stand 2001) deutlich erhöhen.

165

166 **b. Ziviles Personal**

167 Im Gegensatz zum militärischen Personal, das nach 1990 von 521.000 Soldaten auf jetzt 285.000 fast
168 halbiert wurde, wurde das zivile Personal lediglich von ca. 140.000 Beschäftigte auf jetzt 125.000 -
169 also um lediglich 12% - reduziert.

170 Das Verhältnis von Zivilpersonal zu Soldaten ist dem Steuerzahler nicht mehr vermittelbar. Im
171 Verteidigungshaushalt 2001 wurden 43% der gesamten Personalausgaben für zivile Mitarbeiter
172 aufgewendet. Hier ist eine drastische Reduzierung notwendig, um Ressourcen freizusetzen. Die
173 JUNGE UNION Schleswig-Holsteins fordert daher die Reduzierung des zivilen Personals auf maximal
174 60.000 Beschäftigte.

175

176 **2. Benötigte Fähigkeiten**

177 In Einklang mit den von der NATO aufgestellten Forderungen auf dem Prager Gipfel („Defence
178 Capabilities Initiative“) und ihren vermehrten Auslandseinsätzen muss sich die Bundeswehr dringend
179 modernisieren. Neben den bereits in den Verteidigungspolitischen Richtlinien zu Recht angegebenen
180 Bereichen

- 181 - Führungsfähigkeit,
- 182 - Nachrichtengewinnung und Aufklärung,
- 183 - Mobilität,
- 184 - Wirksamkeit im Einsatz und
- 185 - Unterstützung und Durchhaltefähigkeit und
- 186 - Interoperabilität

187 muss der Überlebensfähigkeit und dem Schutz der Soldaten oberste Priorität eingeräumt werden. Die
188 JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert die bestmögliche Ausstattung mit persönlicher
189 Schutzbekleidung und gepanzerten Fahrzeugen für die Soldaten im Auslandseinsatz, nur so lassen sich
190 Tod und unnötige Verletzungen an Soldaten wie bei dem Attentat in Kabul am 07. Juni 2003
191 verhindern.

192

193 **3. Wehrform**

194 Die allgemeine Wehrpflicht hat sich seit dem Bestehen der Bundeswehr unter den bisherigen
195 gesellschafts- und sicherheitspolitischen Aspekten bewährt. Die allgemeine Wehrpflicht garantiert in
196 ihrer Organisation den „Bürger in Uniform“ und damit die Verankerung der Bundeswehr in der
197 Gesellschaft. Weiterhin gibt die allgemeine Wehrpflicht der Bundeswehr die Möglichkeit,
198 qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen und sie dient langfristig vor allem der schnellen
199 Aufwuchsfähigkeit der Bundeswehr. Und: der zivile Ersatzdienst als Folge der allgemeinen
200 Wehrpflicht ist aus dem deutschen Sozialsystem heute nicht mehr wegzudenken.

201

202 Dennoch bedarf es einer grundlegenden Reform der allgemeinen Wehrpflicht, da sich die
203 Rahmenbedingungen der Truppe, wie z.B. deren Größe und Aufgaben, geändert haben. Eine
204 zukünftige Lösung der Form der Wehrpflicht muss nach Meinung der JUNGEN UNION Schleswig-
205 Holstein folgenden Randbedingungen entsprechen:

206

- 207 - weitest gehende Wiederherstellung der Wehrgerechtigkeit,
- 208 - keinen Einsatz von Wehrpflichtigen in Verbänden, die für die weltweite Krisenreaktion
209 vorgesehen sind,
- 210 - vermittelbare Sinnhaftigkeit des Dienstes in den Streitkräften,
- 211 - Aufwuchsfähigkeit, auch im Hinblick auf Katastrophenmanagement im Inneren, das von der
212 Bundeswehr in jetziger Form immer weniger geleistet werden kann.

213

214 Basierend auf diesen Randbedingungen spricht sich die JUNGE UNION Schleswig-Holstein für
215 folgendes Modell einer Wehrpflicht aus:

216

- 217 - Verkürzung des Wehrdienstes auf 4 Monate, um die Wehrgerechtigkeit wiederherzustellen.

- Ausbildung und Einsatz der Wehrpflichtigen ausschließlich in den zu aktivierenden Heimatschutzbataillonen.
- Diese 4 Monate sollen ausschließlich der Ausbildung dienen. Dabei soll neben der allgemeinen Grundausbildung besonderes Augenmerk auf Katastrophenbewältigung und Objektschutz gelegt werden.
- Nach Ableistung der 4 Monate Dienstzeit soll der Wehrpflichtige noch 7 Jahre lang im Katastrophenfall (Flut etc.) eingezogen werden können. Er ist dann vom Arbeitgeber freizustellen. Außerdem soll der junge Mann innerhalb dieser 7 Jahre einmal jährlich eine Reserveübung ableisten müssen.
- Dem Wehrpflichtigen soll wie gehabt die Möglichkeit gegeben werden, durch Ableistung von Freiwilligem Wehrdienst (FWDL) in aktive Truppenteile zu wechseln.

Um die Bereitschaft, bei der Bundeswehr zu dienen, zu erhöhen, fordert die JUNGE UNION Schleswig-Holstein die Schaffung eines Anreizsystems für die Grundwehrdienstleistenden, z.B. Bevorzugung bei Einstellungen im öffentlichen Dienst, eine höhere Anrechnung der Dienstzeit als Wartesemester bei der Bewerbung für ein Studium oder eine freie Auswahlmöglichkeit des Studienortes.

4. Ausbildung

Eine gute, praxisnahe Ausbildung ist eine Grundvoraussetzung für die Bewältigung militärischer Aufträge. Daneben ist eine hochwertige, zivil-verwertbare Ausbildung ein wesentlicher Aspekt bei der Platzierung der Bundeswehr im Wettbewerb um gute, geeignete Berufseinsteiger.

Im internationalen Vergleich gilt die deutsche Ausbildung als sehr gründlich und qualitativ hochwertig. Diesen Standart gilt es nach Ansicht der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein zu halten und auszubauen. Durch vermehrte multinationale Ausbildungseinrichtungen lassen sich Synergieeffekte nutzen, was zudem die Kommunikationsfähigkeit in internationalen Einsätzen fördert.

5. Ausrüstung

Die Ausrüstung der Bundeswehr ist neben der richtigen und zeitgemäßen Ausbildung der Schlüssel zur erfolgreichen Bewältigung zukünftiger Herausforderungen. Sie muss sich konsequent am neuen Aufgabenspektrum orientieren und bedarf daher erheblicher zusätzlicher Investitionen.

249 Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein hält es für unverantwortbar, Soldaten aus rein finanziellen
250 Gründen mit ungeeigneter oder veralteter Ausrüstung in gefährliche Einsätze zu entsenden.

251 **6. Reservisten**

252 Reservisten stellen eine wertvolle Ergänzung für die aktiven Soldaten dar. Mit ihrer zivilen und
253 militärischen Erfahrung eignen sie sich dazu, sowohl im Inland wie auch im Ausland eine Entlastung
254 für die aktive Truppe zu schaffen. Nach Ansicht der JUNGEN UNION ist es erforderlich die
255 vorhandenen Strukturen bei Reservisten aufrecht zu erhalten und Reservisten angemessen zu fördern.
256 Private Unternehmen und der öffentliche Dienst werden aufgefordert, selbst in wirtschaftlich
257 schwierigen Situationen dem gesellschaftlichen und sicherheitspolitischen Engagement von
258 Reservisten Rechnung zu tragen und diese bei Wehrübungen im In- und Ausland durch eine
259 Freistellung zu unterstützen.

260 Anzudenken ist eine Umstrukturierung der nicht aktiven Truppenteile zu ergänzenden
261 Ausbildungseinheiten für Wehrpflichtige sowie die Schaffung von verbesserten Einsatzmöglichkeiten
262 der Reservisten bei der Unterstützung der Bundeswehr in Katastrophenfällen oder bei einem
263 eventuellen terroristischen Angriff.

264 265 266 **V. Anpassung der Rechtsgrundlagen für den Einsatz der Bundeswehr**

267
268 Um den Soldaten der Bundeswehr im Einsatz im Rahmen der Landesverteidigung sowie bei
269 Auslandseinsätzen im Rahmen von Bündnisverpflichtungen eine den veränderten Aufgaben gerechte
270 Rechtssicherheit zu geben, fordert die JUNGE UNION Schleswig-Holstein Ergänzungen und
271 Nachbesserungen in folgenden Bereichen:

272 273 **1. Der Einsatz der Bundeswehr im Innern**

274 Seit dem 11.September 2001 besteht eine Notwendigkeit zur Abwehr möglicher asymmetrischer
275 Angriffe durch Terroristen, die nur ungenügend durch gesetzliche Bestimmungen abgedeckt ist. Daher
276 muss die Bundesrepublik Deutschland die vorhandenen Ressourcen der Bundeswehr nutzbar machen
277 und nutzen. Ziel der Anpassung der Rechtsgrundlagen für den Einsatz der Bundeswehr im Innern ist
278 ein schnelles und effektives Handeln bei der Abwehr von Gefahren, nicht eine langwieriger
279 Entscheidungsprozess. Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert aus diesem Grunde eine
280 gegebenenfalls notwendige Änderung des Grundgesetzes sowie entsprechend die Anpassung oder
281 Schaffung von Bundes- und Landesgesetzen, um Rechtsklarheit und Rechtssicherheit in folgenden
282 Bereichen zu erreichen:

283

284 **a. Hilfe im Katastrophenschutz**

285 Die Flutkatastrophen der vergangenen Jahre haben beispielhaft gezeigt, wie effektiv und koordiniert
286 die Bundeswehr ihre Hilfsmaßnahmen im Katastrophenfall durchführt. Um in zukünftigen
287 Katastrophenfällen eventuelle Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bund, Ländern, Kommunen und
288 Einsatzleitungen einzelner Hilfsorganisationen zu verhindern, muss nach Auffassung der JUNGEN
289 UNION Schleswig-Holstein den zuständigen oberen Kommandobehörden der Bundeswehr die
290 übergeordnete Einsatzleitung übertragen werden. Die Bundeswehr ist für die Koordinierung von
291 Einsätzen dieser Größenordnung und Wichtigkeit am effektivsten strukturiert und kann daher flexibel
292 schnelle Hilfe vor Ort schaffen. Die Koordinierungsaufgaben beschränken sich dabei auf
293 Hilfsmaßnahmen zur Bekämpfung von Gefahren und Vorbeugung weitreichender Schäden, die
294 unmittelbar durch die Katastrophe verursacht werden.

295 Über eine Eingliederung des Technischen Hilfswerkes (THW) in die Bundeswehr als Teil der
296 Streitkräftebasis muss nach Ansicht der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein nachgedacht werden.
297 Vorhandene Doppelstrukturen gilt es abzubauen, ergänzende Ausrüstung des THW gilt es zu
298 übernehmen. Der Charakter des THW als unbewaffnetes Organ innerhalb der Bundeswehr ist zu
299 wahren.

300

301 **b. Gewährung erweiterter Amtshilfe bei Polizei- und Zivilschutzaufgaben**

302 Beim Auftreten von Unglücksfällen, wie z.B. Chemieunfälle, Eisenbahn- oder Schiffsunfälle und
303 Geiselnahmen und zur Gefahrenabwehr aus der Luft, wie zum Beispiel dem Schutz von
304 Atomkraftwerken, kann die Bundeswehr in Zukunft wertvolle Amtshilfe leisten, sei es durch Expertise
305 oder die Bereitstellung von Personal, Ausrüstung und Gerät. Insbesondere ABC-Abwehrkräfte,
306 schweres Bergungsgerät zu Lande und zu Wasser, Rettungseinsätze aus der Luft oder die
307 Bereitstellung gepanzerter Fahrzeuge können Polizei und zivile Rettungskräfte in nicht unerheblichen
308 Umfang verstärken. So ist es bereits gängige Praxis, dass Aufklärungsflugzeuge der Bundeswehr zur
309 Suche von Vermissten eingesetzt werden, obwohl rechtlich gesehen dafür kein Handlungsspielraum
310 gegeben ist.

311 Daher fordert die JUNGE UNION Schleswig-Holstein eine gesetzliche Flexibilisierung und
312 Erweiterung der Amtshilfe auf Bundes- und Landesebene mit kurzen Entscheidungswegen und
313 festgelegten Entscheidungsträgern.

314 **c. Erweiterung der Luftraumsicherung auch gegen zivile Luftfahrzeuge**

315 Die aktive Sicherung des Luftraumes der Bundesrepublik Deutschland durch die Bundeswehr
316 beschränkt sich nach der bisherigen Gesetzeslage (Stand: November 2002) nur auf die Bekämpfung
317 und den Abschuss feindlicher militärischer Luftfahrzeuge.

318 Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert im Hinblick auf die Erfahrungen aus dem Frankfurter
319 Ereignis vom Januar 2003 eine sofortige Aufnahme des Abschussrechtes von zivilen Luftfahrzeugen.
320 Dies schließt im Extremfall auch vollbesetzte Passagierflugzeuge ein. Das Abschießen darf nur die
321 ultima ratio darstellen und nur bei eminenter Gefahr angewendet werden. Die endgültige Entscheidung
322 über den Abschuss trifft der Verteidigungsminister als Inhaber der Kommandogewalt im Frieden in
323 Absprache mit dem Bundeskanzler. Die an dem legitimierten Abschuss beteiligten Piloten müssen
324 gesetzlich vor Strafverfolgung geschützt werden.

325

326 **2. Schaffung eines Entsendegesetzes für den Einsatz der Bundeswehr im Ausland**

327 Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein strebt eine Stärkung des Kernbereiches der außen- und
328 sicherheitspolitischen Verantwortung der Bundesregierung an, da die bestehenden langwierigen
329 Entscheidungs- und Mitwirkungsprozesse die Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr in ihrem neuen
330 Aufgabenspektrum hemmen. Die Mitwirkung Deutschlands bei der NATO Response Force, die
331 innerhalb von fünf Tagen zum Einsatz kommen soll, wäre beispielsweise unter den jetzigen
332 Bedingungen unmöglich. Mit der Schaffung eines Entsendegesetzes will die JUNGE UNION
333 Schleswig-Holstein folgende Bereiche stärken:

334

335 **a. Handlungsfreiheit der Bundesregierung**

336 Nach Auffassung der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein bedarf es in Zukunft nicht einer ständigen
337 Einbindung des Bundestages in die Entscheidungen der Bundesregierung über den Einsatz von
338 Soldaten im Ausland. Es ist ausreichend, wenn eine generelle Entsenderegelung per Gesetz getroffen
339 wird, in der die Mitbestimmungswirkung des Parlamentes deutlich definiert ist. Der Bundestag soll nur
340 noch bei einem konkret im Vorfeld geplanten bewaffneten Einsatz („peace enforcing“) der
341 Bundeswehr in die Entscheidung eingebunden werden. Bei anderen, diesen Intensitätsgrad
342 unterscheidenden Einsätzen, z.B. unbewaffnete Beobachteraufträge, Bündnispartner personell
343 unterstützende oder humanitäre Missionen, genügt die Entscheidung der Bundesregierung.
344 Sollte ein Einsatz entweder von der Bundesregierung allein oder unter Einbindung des Bundestages
345 beschlossen sein, so ist es nach Meinung der JUNGE UNION Schleswig-Holstein nicht mehr von

346 Nöten, in regelmäßigen Abstimmungen über dessen Verlängerung zu entscheiden; das sofortige
347 Rückholrecht der Soldaten durch den Bundestag bleibt davon unangetastet.

348 Mit einem Entsendegesetz wird die Handlungsfreiheit der Bundesregierung gestärkt, bürdet ihr aber
349 auch zugleich eine höhere oder alleinige Verantwortung für das Wohl der Soldaten im Auslandseinsatz
350 auf. Die Bundesregierung hat daher vor der Entsendung der Soldaten die politisch unbeeinflusste
351 Gefahrenanalyse der Bundeswehrführung in ihrer Entscheidung zu berücksichtigen.

352

353 **b. Rechtssicherheit der Soldaten im Auslandseinsatz**

354 Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein hält es für notwendig, dass im zu entstehenden
355 Entsendegesetz vor allem die Abgrenzung, ab wann ein Einsatz deutscher Soldaten im Ausland als
356 über den normalen Friedensdienst hinausgehenden Dienstcharakter - z.B. Verwendung in
357 internationalen Stäben oder Ausbildungsabschnitte im Ausland - zu werten ist, verankert wird. Daraus
358 würden besonders in versorgungsrechtlicher Hinsicht unterschiedliche Ansprüche für den einzelnen
359 Soldaten entstehen.

360

361 **3. Stärkung des Versorgungsrechtes der Soldaten**

362 Die Bundesrepublik Deutschland hat als Arbeitgeber gegenüber den Soldaten und zivilen Mitarbeitern
363 der Bundeswehr nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten.

364 Besonders im Hinblick auf die vielfältigen Gefahren für die Soldaten während eines Auslandseinsatzes
365 fordert die JUNGE UNION Schleswig-Holstein die Bundesregierung auf, eine Verbesserung des
366 Versorgungsrechtes für die jetzigen Soldaten, auch im Hinblick auf die Attraktivitätssteigerung des
367 Soldatenberufes in der Zukunft, durchzuführen.

368 Diese Verbesserungen umfassen u.a. die Rücknahme der für die Soldaten negativen Veränderungen
369 aus dem Versorgungsreformgesetz des Jahres 1992, dem Dienstrechtsreformgesetz des Jahres 1997,
370 dem Versorgungsreformgesetz aus dem Jahre 1998 sowie dem Versorgungsänderungsgesetz aus dem
371 Jahre 2001.

372 Darüber hinaus unterstützt die JUNGE UNION Schleswig-Holstein die Forderung des Deutschen
373 Bundeswehrverbandes nach einer doppelten Berücksichtigung der Zeiten im Auslandseinsatz für die
374 Versorgung der Berufssoldaten und bei der Nachversicherung der Zeitsoldaten und freiwillig länger
375 dienenden Wehrdienstleistenden (FWDL), da ein Auslandseinsatz psychisch und physisch äußerst
376 belastend ist.

377 Darüber hinaus fordert die JUNGE UNION Schleswig-Holstein eine versorgungsrechtliche
378 Gleichbehandlung von aktiven Soldaten und Reservisten im Auslandseinsatz.

379 **4. Abbau des „Beförderungsstaus“**

380 Für die JUNGE UNION Schleswig-Holstein ist es unverständlich, dass Soldaten auf Grund fehlender
381 Planstellen nicht befördert werden, obwohl sie von Ihrer Dienstzeit und / oder ihrer positiven
382 Beurteilung die Voraussetzungen erfüllt haben. Dieser „Beförderungsstau“ trägt erheblich zu
383 Unzufriedenheit der betroffenen Soldaten und in Einzelfällen zu sozialen Spannungen und Neid in der
384 Bundeswehr bei.

385 Daher muss nach Ansicht der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein die Bundesregierung in den
386 Personalhaushalten der Bundeswehr für die Jahre 2004 und 2005 eine erhebliche kurzfristige
387 Verbesserung der Planstellen herbeiführen und darüber hinaus bis zum Jahre 2008 den verbleibenden
388 „Beförderungsstau“ abbauen.

389

390

391 **VI. Wirtschaft**

392

393 **1. Stärkung der Wehrtechnischen Industrie**

394 Durch eine effektive Beschaffungspolitik ist dafür Sorge zu tragen, dass die wehrtechnische Industrie
395 in Deutschland gestärkt wird. Wehrtechnische Industrieunternehmen schaffen und sichern nicht nur
396 hoch qualifizierte Arbeitsplätze, sondern wirken auch an der Sicherstellung der Souveränität
397 Deutschlands im Rüstungsbereich mit.

398

399 **2. Verhinderung von Technologietransfer**

400 Neben Industriespionage stellt der „legale“ Technologietransfer eine Gefahr dar. So werden namhafte,
401 in der Wehrindustrie führende Unternehmen von Mitbewerbern anderer Staaten aufgekauft, um
402 gewonnene Erkenntnisse für sich zu nutzen. Die Gefahr des Technologietransfers ist derzeit im
403 Wettstreit um die Schiffs- und U-Bootbauwerft HDW zwischen dem deutschen Interessenten Thyssen-
404 Krupp und dem französischen staatlichen Unternehmen DCN klar zu erkennen.

405 Daher fordert die JUNGE UNION Schleswig-Holstein jeden Bewerber, der um ein relevantes
406 wehrtechnisches Unternehmen bieten möchte, auf seine Eignung und Intention zu prüfen. Durch eine
407 Anpassung der deutschen Proliferationsbestimmungen an international übliche Standards sind
408 wehrtechnische Unternehmen zusätzlich zu stärken.

409 **3. Synergieeffekte durch europäische Kooperation**

410 Auch wenn eigenes gewonnenes Wissen geschützt werden muss, so darf das Einsparpotential, das eine
411 Kooperation verschiedener Länder der NATO und der EU im Bereich der Forschung und Entwicklung
412 bietet, nicht ungenutzt bleiben. Hier gilt es nach Meinung der JUNGEN UNION geeignete
413 Kooperationen zu finden und die daraus entstehenden Produkte bis zur Serienreife gemeinsam
414 kostengünstig zu entwickeln. Auch in der anschließenden Fertigung sollte unter wirtschaftlichen
415 Gesichtspunkten Synergien genutzt werden. Ein positives Anfangsbeispiel für eine Effektivität solcher
416 Zusammenarbeit findet man bereits beim Airbus A 400M.

417

418 **4. Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Bundeswehr**

419 In vielen Ressorts, die nicht zu den Kernaufgaben der Verteidigung gehören, sind drastische
420 Einsparmöglichkeiten vorhanden. Dazu muss nach Meinung der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein
421 konsequent für alle Bereiche ein Leistungsvergleich zwischen öffentlichen und privaten Anbietern
422 durchgeführt werden. Durch Leistungsvergleiche kann überprüft werden, ob eine vergabefähige
423 Leistung (meist im Bereich der Betreibermodelle) für die Bundeswehr durch gewerbliche Anbieter
424 oder durch Bundeswehr-interne Dienststellen wirtschaftlicher erbracht werden können.

425 Es ist entscheidend, dass die Bundeswehr nur Aufgaben und Leistungen zu vergeben hat, die
426 ausschließlich für die Bundeswehr selbst erbracht werden. Es müssen systematisch Schwachstellen
427 aufgezeigt, Verbesserungspotentiale genutzt, Organisationsabläufe optimiert und Synergieeffekte
428 genutzt werden. Damit wird der Investitions- und Betriebsaufwand drastisch reduziert, Soldaten
429 werden für andere Aufgabengebiete frei und eine umfangreiche Bürokratie wird abgebaut. Die
430 dadurch gewonnenen Finanzmittel müssen dann auch bei der Bundeswehr verbleiben und dem
431 Investitionsanteil für Ausrüstung und Gerät zugeführt werden.

432 Ein großes Einsparpotential liegt in der dezentralen Beschaffung. Dazu ist es notwendig, dass jede
433 beschaffungsberechtigte Dienststelle ein individuell auf die Bedürfnisse der Dienststelle
434 zugeschnittenes Budget in eigener Verantwortung erhält und verwaltet. Damit mit dem so zur
435 Verfügung gestelltem Budget keine unnötigen Ausgaben getätigt werden, ist eine Kontrolle durch die
436 nächst höhere Verwaltungsstelle unabdingbar. Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert die
437 bislang eingeführten Budgetverwaltungen aufrecht zu erhalten und auf weitere Dienststellen
438 auszuweiten.

439 Antragssteller:

440

441 Landesarbeitskreis „Äußere Sicherheit und Bundeswehr“:

442 Leiter: *Tillmann Albinus*

443 Mitarbeit: *Jan Oliver Kammesheidt, Timm Schmoock, René Heldt und Steffen Frisch*

444

445

446

447

448

449

450

451

Glossar

452

453 Im nachfolgenden werden einige in dem Positionspapier verwendete Begriffe erläutert:

454

455 Präventives militärisches Eingreifen (Seite 2, Zeile 55) sind Maßnahmen, die gegen eine absehbare,
456 unmittelbar drohende Bedrohung wirken sollen.

457

458 Präemptives militärisches Eingreifen (Seite 2, Zeile 55) sind Maßnahmen, die gegen eine vermutete
459 oder erst in der Zukunft auftretenden Bedrohung wirken sollen.

460

461 „Petersberger Aufgaben“ (Seite 5, Zeile 135 / 136) sind die in der „Petersberger Erklärung“ vom 19.
462 Juni 1992 definierten Bereiche, in denen die WEU die von ihren Mitgliedsstaaten entsendeten
463 Streitkräfte - als Teil der Verteidigungspolitik der EU – verwenden darf. Diese Bereiche umfassen
464 humanitäre Aktionen oder Evakuierungsmaßnahmen, Friedenserhaltende Maßnahmen und den Einsatz
465 von Kampftruppen für das Krisenmanagement, unter anderem Maßnahmen zur Wiederherstellung des
466 Friedens.